

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Preis pro Anschlag Nr. 23.

Abgabeort: Die Anzeigen- und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Preis pro Anschlag Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 153

Sonnabend, den 4. Juli 1925

20. Jahrgang

Ablehnung des Misstrauensantrages gegen Finanzminister Reinhold.

21 Millionen Einnahme der Staatsbetriebe. — Deutschnationale gegen Leipziger neueste Nachrichten.

Dresden, 2. Juli.

Der sächsische Landtag genehmigte in seiner heutigen Sitzung die Staatshaushaltsrechnungen der Rasse des Staatshaushalts für das Rechnungsjahr 1924, ferner das Kapitel „Staatszeitung“. Es folgt die Beratung des Misstrauensantrages gegen Finanzminister Dr. Reinhold.

Die Begründung des Misstrauensantrages durch den deutschnationalen Abgeordneten Berg war noch matter als man erwarten durfte. In langatmigen Erklärungen ging er auf die in den „Sächsischen Werken“ zusammengefasste Staatswirtschaft ein. Die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates habe einen zu großen Umfang angenommen und mache der Privatwirtschaft eine unerwünschte Konkurrenz. Anerkennungspunkt sei die Tatsache, daß die „Sächsischen Werke“ ihren Kraftstrom zu dem billigen Satz von 4 Pfennigen für die Kilowattstunde liefern könnten. Durch die Verteuerungspolitik der Gemeinden käme jedoch dieser billige Preis den Verbrauchern nicht zugute. Die freie Wirtschaft sei von Sorge erfüllt über die Großzügigkeit, mit der heute in den Staatsbetrieben Gelder ausgegeben würden.

Finanzminister Dr. Reinhold.

Nach der Entschuldigungsrede des Abgeordneten Berg (weiter) hätte ich kaum nötig, die sächsische Staatswirtschaft zu verteidigen, denn die vorgebrachten Angriffe waren so schlecht begründet, daß ich mir die Mühe ersparen könnte. Die Deutschnationalen haben zwar behauptet, daß ihr Misstrauen sich nicht gegen meine Person richtet, sondern gegen die unter meiner Verantwortung getriebene Staatswirtschaft. Der Misstrauensantrag bietet mir aber eine erwünschte Gelegenheit, einmal vor dem ganzen Hause Stellung zu nehmen gegen die unerhörte Heße, die seit Monaten in der Presse gegen mich getrieben worden ist. In den letzten Monaten hat sich unter dem Eindruck dieser Heße das Blatt sehr gewendet. Als ich den Stadt im Landtage einbrachte und ihn mit einer Rede begründete, wurde mir lebhafteste Anerkennung zuteil aus den Kreisen der Nation, so sehr, daß mir fast um diese Anerkennung bangte wurde. (Stürmisches Sehr richtig!) Seitdem geht es aber offenbar zum Guten. Von einem Teiler der rechtsstehenden Presse, den Finanzminister mit allen Mitteln einer teilweise persönlich zugesprochenen Heße zu bekämpfen. Wie steht es eigentlich mit dieser Heße? Sie hat ihre Ursache, ich will nicht sagen in der Partei, aber in der Nähe der Partei. (Stürmisches Sehr richtig!) In meinem Verhältnis zu dem Blatte, das mich seit Monaten mit Angriffen überschüttet, habe ich bisher nach dem Grundsatz gehandelt: Altes röhrt nicht, aber nun muß ich sagen, daß diese Angriffe jedes Maß überschreiten. Ein Beispiel für die Gewissenlosigkeit dieser unaufhörlichen Angriffe bietet die Behauptung der „Leipziger neuesten Nachrichten“, daß beabsichtigt sei, Schloß und Rittergut Gaußsch anzukaufen und zum Sitz der Generaldirektion der Sächsischen Werke zu machen. Diese ganze Meldung ist ein Sammelsurium von Tratsch und Unsinn. In Wirklichkeit kauft die Art der Opposition darauf hinaus, den Staatsbetrieben das Leben schwer zu machen und ihre Entwicklung zu hemmen. Man hat dabei das Gefühl, daß der Wunsch im Hintergrunde schlummert, die Staatsbetriebe möglichst an dieser künstlichen Hemmung zugrunde gehen, damit man dann in der Lage sei, zu behaupten, daß sie nicht leistungsfähig seien. Die Staatswirtschaft soll sich nach meiner Ansicht nicht bewegen auf dem Gebiet der Fabrikation und des Handels. Die von den „Sächsischen Werken“ gegründete Kohlenhandels-Gesellschaft ist jedoch weiter nichts als eine Verkaufsorganisation, wie sie jedes größere Braunkohlenwerk selbstverständlich ebenfalls besitzt. Ein Anlaß zum Misstrauen, weil wir diese Gesellschaft geschaffen haben, liegt in keiner Weise vor; im Gegenteil, er würde vorliegen und sie würden geraden Anlaß haben, die Tätigkeit der „Sächsischen Werke“ zu tadeln, wenn diese keine Organisation geschaffen hätten, um für den Absatz ihrer Kohlen und für den Einkauf ihrer Bedürfnisse zu sorgen. Die gegenwärtige Dresdener Ausstellung „Wohnung und Siedlung“ zeigt, daß die „Sächsischen Werke“ mit Erfolg bemüht sind, auf dem Gebiete der Installation neue Wege zu beschreiten, insbesondere durch Ausnützung des fast kostenlosen Kraftstroms für Heizungszwecke. Die Bemühungen auf diesem Gebiete sind für die Entwicklung der Werke selbst und für die ganze Elektrizitätsversorgung von außerordentlicher Bedeutung, und ihre Förderung verdient nicht Tadel, sondern Lob. Ähnlich verhält es sich mit dem Kraftverkehr. Gegenwärtig läßt sich noch keineswegs er-

sehen, in welcher Weise und nach welcher Richtung sich der Kraftwagenverkehr als neues Verkehrsmittel entwickeln wird. Aber ebenso, wie feinerzeit bei den Eisenbahnen der Staat daran Interesse nehmen mußte, in welcher Weise dieses Verkehrsmittel ausgebaut wurde, und seine Rücksicht nehmen konnte auf die Interessen der privaten Fuhrhalter und sonstige Interessenten, die dagegen Sturm liefen, ebenso muß nach meiner Überzeugung der Staat, wenn er auf dem Standpunkt steht, daß der Verkehr eine öffentliche Angelegenheit ist, sich dem Kraftwagenverkehr mit aller Energie zuwenden. Neue Zeiten erfordern neue Verkehrsmittel und neue Entschlüsse.

Dieselben Grundsätze, die maßgebend sind für meine Tätigkeit auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung und Kraftwagenverkehr leiten mich auch bei der Beurteilung der Lage in der Glas- und Porzellanmanufaktur. Ich habe niemals unerfüllbare Versprechungen von Millionengewinnen gemacht. Im Gegenteil, ich habe jederzeit und auch erst in den letzten Tagen im Ausschuss offen die gegenwärtige frühe Lage der staatlichen Porzellanmanufaktur geschildert. Allerdings habe ich nicht angenommen, daß eine derartige offene Aussprache dazu führen würde, daß nun in der Presse alarmierende Meldungen über eine schwere Absatzkrise und über einen angeblich bevorstehenden Ramschverkauf der staatlichen Porzellanmanufaktur erscheinen würden. Eine solche Ausnutzung meiner Ausführungen ist selbstverständlich sehr wenig geeignet, die bestehende Absatzkrise zu beseitigen. (Allgemeines Sehr richtig!)

Der Staatskredit von 800 000 Mark für die „Kraftwerke Freistaat Sachsen“ ist zu normalen Bedingungen gewährt worden mit der Maßgabe, daß, wenn der Landtag ihm nachträglich die Bewilligung erteilt, der Kredit binnen kurzer Zeit zurückgezahlt werden müsse. Es hat dazu geblieben, daß ein vorteilhaftes Ankaufgeschäft von Automobilen getätigt werden konnte, was bei Innehaltung der vorgeschriebenen Bewilligungsinstanzen (Landtag, Generalversammlungen usw.) Monate in Anspruch genommen hätte und dann zerschlagen worden wäre. Dem Staat sind dadurch erhebliche Summen gespart worden, und unser Vorgehen auf diesem Gebiet verdient nicht ein Misstrauen, sondern Anerkennung. Auf alle die Einzelfälle, die hier berührt worden sind, kommt es nicht an. Die Hauptsache ist die Einstellung zur Staatswirtschaft als solcher. Allerdings muß ich mich darüber wundern, daß gerade von deutschnationaler Seite mit solcher Energie gegen mich persönlich auftretende Behauptung der privaten Wirtschaft durch die staatswirtschaftlichen Betriebe Stellung genommen wird. In diesen Kreisen müßte doch bekannt sein, mit welcher Energie die den Deutschnationalen sehr nahestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften ganz bewußt und planmäßig darauf hingearbeitet haben, jede Art von Zwischenhandel zwischen den Landwirten und den Produzenten der Güter, für die die Landwirte als Abnehmer in Frage kommen, aususchalten. Selbstverständlich gibt es Grenzgebiete, wo man zweifelhaft darüber sein kann, ob der Staat sich mit ihnen noch befassen soll. Es ist aber eine lächerliche Überhöhung der ganzen Angelegenheit und zeugt von einer außerordentlich geringen Einschätzung des freien Handels, wenn die Dinge so gestaltet werden, als ob durch eine staatliche Beteiligung von 5000 Mark bei irgendeiner Firma die freie Wirtschaft in nennenswertem Maße gefährdet werden könne. Die „Sächsischen Werke“ sind in Wirklichkeit außerordentlich befruchtend für die private Wirtschaft. Die Aufträge des laufenden Jahres, die von den „Sächsischen Werken“ der Privatwirtschaft zugewendet wurden, werden sich auf 40—60 Millionen Mark belaufen. (Hört, hört!) Ganz grundlos ist die Behauptung, daß die „Sächsischen Werke“ mit dem Geld der Steuerzahler arbeiten.

Gerade unter meiner Tätigkeit haben sich die Sächsischen Werke in ihren Finanzen vollkommen vom Staat losgelöst, und die 12 Millionen Darlehen, die sie im Laufe der Jahre beim Staate aufgenommen haben, sind aus dem Erlös der amerikanischen Anleihe bereits zurückgezahlt worden. Diese Rückzahlung hat dazu mit beigetragen, daß es nunmehr möglich gewesen ist, die Staatsmittel in größerem Umfang auf dem Kreditwege für Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die wirtschaftlichen Unternehmungen des Sächsischen Staates bringen nach dem diesjährigen Etat bereits eine Einnahme von 21 Millionen Mark.

Wenn diese Einnahme nicht vorhanden wäre, müßte die Grundsteuer um das Dreifache und die Gewerbesteuer um das Doppelte erhöht werden.

Wenn versucht wird, die Staatswirtschaft als wenig erfreulich zu bezeichnen, so widerspricht dem die unbestreitbare Tatsache, daß es seit Beginn dieses Jahres trotz der inzwischen erfolgten Steigerung der Löhne gelungen ist, den Stundenpreis pro Allowert von etwa 5 Pfennig auf 4 Pfennig zu senken.

Jeder wirtschaftlich Denkende wird mir zugedenken, daß eine solche Preislenkung von außerordentlicher Bedeutung ist. Es ist jedoch ganz unmöglich, daß die Sächsischen Werke dafür verantwortlich gemacht werden, wenn die Unterabnehmer ihres Kraftstromes ihn gegenüber den egyptischen Verbrauchern in ungebührlicher Weise verteuern. Derartige Angriffe müssen an die richtige Adresse gerichtet werden. (Allgemeines Sehr richtig!) Ich habe das Gefühl, daß das Misstrauensvotum eingebracht ist, nicht weil die sächsische Staatswirtschaft schlecht arbeitet, sondern weil sie den Herren, die hinter dem Misstrauensvotum stehen, entschieden zu gut arbeitet. (Sehr richtig!) Weil sie befürchten, daß die Ergebnisse derart sein werden, daß ihre Theorie, die Staatswirtschaft sei an sich vom Uebel, in sich zusammenfällt. Wenn es nach Recht und Gerechtigkeit ginge, so würde der Landtag den Männern, die die sächsische Staatswirtschaft während der letzten Jahre durch alle die Schwierigkeiten der Revolution und der Inflation hindurchgeführt und gerettet haben, nicht das Misstrauen, sondern den Dank des Landes aussprechen. Vielleicht wird einmal in der deutschnationalen Parteigeschichte der Tag dieses Misstrauensantrages als ein schwarzer Tag bezeichnet werden. (Stürmisches Beifall der Regierungspartei, Sanktionslos. Der Minister wird verschleudert.)

Abg. Lippe (D. B.) erklärt im Namen seiner Fraktion, daß diese das Misstrauensvotum ablehnen werde. — Abg. Renner (Komm.) erklärt, daß die Kommunisten dem Misstrauensantrag zustimmen werden, ebenso Abg. Diebmann im Namen der sog. Fraktionsminderheit. — Abg. Dr. Seifert (Dem.): Die Abfuhr, die der Abg. Berg soeben erlitten hat, war gründlich und wohlverdient. Auch wenn alle Behauptungen Bergs richtig gewesen wären, so hätten sie doch nicht ausgereicht, um ein Misstrauensvotum gegen den Minister zu begründen. In Wirklichkeit sind aber alle diese Behauptungen als unrichtig festgestellt worden, und damit hat das Misstrauensvotum überhaupt jede sachliche Basis verloren. Wir sind uns vollkommen darüber klar, daß dieses Misstrauensvotum lediglich ein politisches Manöver darstellt, um die Aufmerksamkeit der entschlafenen deutschnationalen Wähler von dem Zusammenbruch der deutschnationalen Hoffnungen und Versprechungen auf dem Gebiet der Aufwertung und der auswärtigen Politik abzulenken. (Allgemeines Sehr richtig!) Inruhe bei den Deutschnationalen.) Zu den rechtsstehenden Angriffen, die seit Monaten in der rechtsstehenden Presse gegen den Finanzminister Dr. Reinhold verbreitet werden, erklären wir, daß wir diese der verdienten Beachtung überheßen.

Abg. Berg (Dn.) betont in seinem Schlußwort, daß die deutschnationale Partei nichts zu tun habe mit den „Leipziger neuesten Nachrichten“ und nichts zu tun haben wolle mit einem Blatt, das den politischen Kampf in einer solchen Weise führt.

Die Abstimmung über das Misstrauensvotum ergab die Ablehnung mit bedeutender Mehrheit.

Die drei deutschen Studenten zum Tode verurteilt.

Nach 54stündiger Verhandlung wurden die drei deutschen Studenten

Rindermann, Wolf und von Dittmar zum Tode verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig. Verurteilung kann nicht eingelegt werden. Den Verurteilten steht lediglich der Weg eines Gnadenersuches an den Reichspräsidenten innerhalb 72 Stunden offen.

Sonn vorübergehend geräumt.

Die französische Garnison in Bonn hat die Stadt verlassen, um Platz für nachrückende Ruhrtruppen zu schaffen. Diese Einquartierung wird jedoch nur provisorisch sein, da die Truppen weiter zum Teil nach Frankreich beordert, zum Teil in andere Städte des besetzten Gebietes beordert werden sollen.

Ein Unfall Abd el Krims.

Nach einer Meldung aus Mexiko ist Abd el Krim vom Pferde gestürzt und hat einen Weindruck erlitten. Der Unfall erfolgte dadurch, daß Abd el Krim vor dem Gedrüse eines Flugzeuges schaute.